

FRANZ SPITZER

WIRTSCHAFTSPRÜFER UND STEUERBERATER

4880 St. Georgen i. A., Attergaustraße 8
TELEFON 07667/6511, FAX 07667/6511-17

KLIENTEN-INFO

Ausgabe DEZEMBER 2008

1. Termin 31.12.2008 – darauf sollten Sie nicht vergessen!.....	1
2. Weihnachten – Zeit der kleinen Geschenke.....	3
3. Durchgeführte und geplante Gesetzesänderungen.....	5
4. Das 2. Abgabenänderungsgesetz 2008.....	7
5. Konjunkturbelebungsgesetz 2008.....	8
6. Auftraggeberhaftung für SV-Beiträge.....	9
7. Neuerungen zur Sozialversicherung und Personalverrechnung.....	10
8. Steuersplitter.....	12

1. Termin 31.12.2008 – darauf Sie nicht vergessen!

1.1 Ankauf von Wertpapieren für optimale Ausnutzung des FBiG 2008

Wenn Sie als Einnahmen-Ausgaben-Rechner den Freibetrag für investierte Gewinne (FBiG) für 2008 optimal nutzen wollen, sollten Sie rechtzeitig vor dem Jahresende zur Ermittlung des voraussichtlichen Gewinnes eine **Prognoserechnung** erstellen. Falls Ihre bisherigen und noch vorgesehenen Investitionen nicht 10 % Ihres prognostizierten Gewinnes 2008 erreichen bzw. falls Sie im Jahr 2008 gar nichts investiert haben, können Sie die Steuerbegünstigung auch durch die **rechtzeitige Anschaffung entsprechender Wertpapiere** nutzen (siehe ausführlich dazu KlientenInfo Ausgabe November 2008).

1.2 Wertpapierdeckung für Pensionsrückstellungen zum 31.12.2008

Nachdem der VfGH im Jahr 2006 die verpflichtende Wertpapierdeckung auch für Pensionsrückstellungen als verfassungswidrig aufgehoben hat, hat der Gesetzgeber im Jahr 2007 für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. Juni 2007 beginnen, eine Neuregelung der Wertpapierdeckung getroffen. Eine neuerliche Wertpapierdeckung ist demnach bei einem Wirtschaftsjahr frühestens zum 30. 6. 2008 (nämlich für das abweichende Wirtschaftsjahr 1.7.2007 bis 30.6.2008), im Falle eines Regelwirtschaftsjahres (= Kalenderjahres) **erstmalig zum 31.12.2008 erforderlich**. Ab diesen Bilanzstichtagen müssen als Deckung der Pensionsrückstellung Wertpapiere im Nennbetrag von 50 % des vorjährigen (steuerlichen) Rückstellungsbetrages im Betriebsvermögen vorhanden sein.

Als deckungsfähige Wertpapiere gelten weiterhin vor allem Anleihen und Anleihenfonds (wobei nunmehr neben Anleihen österreichischer Schuldner auch Anleihen von in einem EU- bzw EWR-Mitgliedstaat ansässigen Schuldnern zugelassen werden), weiters **neu** auch inländische **Immobilienfonds** sowie ausländische offene Immobilienfonds mit Sitz in einem EU- bzw EWR-Staat.

Neu ist weiters, dass die steuerlich erforderliche Deckung der Pensionsrückstellung auch durch **Rückdeckungsversicherungen** erfüllt werden kann. Anrechenbar ist in diesem Falle das versicherungsmathematische Deckungskapital bzw ein höherer Rückkaufswert. Das Deckungsvermögen darf nicht für andere Zwecke (zB als Sicherstellung für einen Bankkredit) verwendet werden.

1.3 Antrag auf Rückerstattung der Beiträge 2005 bei Mehrfachversicherung

Werden mehrere versicherungspflichtige Tätigkeiten nebeneinander ausgeübt, so müssen auch mehrfach SV-Beiträge bezahlt werden. Allerdings ist dies mit der Höchstbeitragsgrundlage für die Kranken- und Pensionsversicherung (2005: € 50.820, 2006: € 52.500, 2007: € 53.760, 2008: € 55.020) begrenzt. Der Dienstnehmer kann sich Beiträge rückerstatten lassen, wenn die Summe der jährlichen Bezüge inklusive Sonderzahlungen die jährliche Höchstbeitragsgrundlage überschritten hat. **Der Antrag muss für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung innerhalb von drei Jahren** gestellt werden. Zum 31.12.2008 läuft daher die Möglichkeit für 2005 ab. Die Rückerstattung der **Pensionsversicherung** ist seit einigen Jahren an **keine Frist gebunden**. Die Rückerstattung beträgt für die Krankenversicherung 4% und für die Arbeitslosenversicherung 3% des Überhangs über die Höchstbeitragsgrundlage. In der Pensionsversicherung werden 11,4% erstattet.

1.4 Option zur steuerbegünstigten Selbständigenvorsorge für Freiberufler und Bauern

Noch bis Ende 2008 können auch **Bauern und Freiberufler** (zB Ärzte, Wirtschaftstreuhänder, Notare, Rechtsanwälte, Ziviltechniker) an der **neuen Selbständigenvorsorge** teilnehmen. Voraussetzung ist, dass sie einen entsprechenden Antrag bei der Vorsorgekasse ihrer Wahl stellen. Dann sind jährlich **1,53% der Beitragsgrundlage** (maximal bis zur Höchstbeitragsgrundlage) an die Vorsorgekasse einzuzahlen (siehe ausführlich dazu KlientenInfo Ausgabe Oktober 2008).

1.5 Arbeitnehmerveranlagung

Wer zwecks Geltendmachung von Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnlichen Belastungen eine **Arbeitnehmerveranlagung** beantragen will, hat dafür **fünf Jahre** Zeit. Am 31.12.2008 endet daher die Frist für den Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung 2003.

1.6. Ende der Aufbewahrungspflicht für Bücher und Aufzeichnungen aus 2001

Zum 31.12.2008 läuft die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Bücher, Aufzeichnungen, Belege und Geschäftspapiere des Jahres 2001 aus. Diese können daher **ab 1.1.2009 vernichtet werden**. Beachten Sie aber, dass die Unterlagen dann weiter aufzubewahren sind, wenn sie in einem anhängigen Berufungsverfahren von Bedeutung sind, dass Aufzeichnungen und Unterlagen, die Grundstücke betreffen, wegen allfälliger Vorsteuerrückverrechnungen **bis zu 22 Jahre** aufbewahrungspflichtig sind und dass laut Unternehmensgesetzbuch (UGB) Unterlagen dann weiter aufzubewahren sind, wenn sie für ein anhängiges gerichtliches oder behördliches Verfahren, in dem Ihnen Parteistellung zukommt, von Bedeutung sind.

TIPP: Falls der Papierberg zu groß wird, kann man die Buchhaltungsunterlagen platz sparend auch **elektronisch archivieren**. Beachten Sie dabei, dass für auf Datenträgern gespeicherte Buchhaltungsunterlagen die inhaltsgleiche, vollständige und geordnete Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet sein muss.

1.7 weitere wichtige Steuertipps:

- Hinsichtlich **weiterer** eventueller noch im Jahr 2008 wichtiger **Steuertipps** verweisen wir auf die ausführliche Darstellung in der **Ausgabe November** unserer Klienteninfo, welche wir Ihnen bei Bedarf gerne nochmals zusenden.

2. Weihnachten – Zeit der kleinen Geschenke

Es hat sich längst eingebürgert, sich zu Weihnachten nicht nur im Familienkreis zu beschenken, sondern auch im beruflichen Umfeld mit kleinen Aufmerksamkeiten Freude zu bereiten. Damit es keine bösen Überraschungen gibt, sollten folgende steuerliche Rahmenbedingungen beachtet werden:

2.1 Geschenke an Mitarbeiter

Grundsätzlich sind Geschenke an Mitarbeiter bis zu einem Betrag von **€ 186 je Mitarbeiter jährlich** beim Empfänger **lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei** und beim Dienstgeber als freiwilliger Sozialaufwand abzugsfähig. Zu beachten ist, dass diese Sachzuwendungen keine individuelle Entlohnung darstellen, sondern eine generelle Zuwendung an alle Mitarbeiter aus einem bestimmten Anlass wie zB Weihnachten. Die Abhaltung einer Betriebsveranstaltung (zB Weihnachtsfeier) ist für die Steuerfreiheit der Sachzuwendung nicht erforderlich. Im übrigen ist auch der geldwerte Vorteil aus der kostenlosen Teilnahme an Betriebsveranstaltungen bis zu € 365 je Mitarbeiter jährlich steuerfrei. Beliebte Geschenke sind neben Bücher, CD, Parfum und Weinflaschen auch die **Autobahnvignette** sowie Gutscheine und Geschenkmünzen, die nicht in Bargeld abgelöst werden können.

Weihnachtsgeschenke für Mitarbeiter unterliegen grundsätzlich der **Umsatzsteuer**, wenn ein Vorsteuerabzug möglich war. Ausgenommen von der Umsatzsteuerpflicht sind lediglich Aufmerksamkeiten. Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer ist der Einkaufspreis oder die Selbstkosten.

2.2 Geschenke an Geschäftspartner

Geschenke und Aufmerksamkeiten an Geschäftspartner sind als **Repräsentationsaufwendungen** grundsätzlich steuerlich nicht abzugsfähig, ausgenommen es handelt sich weitaus überwiegend um **Werbeaufwand**, wie zB mit Firmenaufdruck versehene Kalender, Schreibgeräte oder etikettierte Getränke. Über bloße Aufmerksamkeiten hinausgehende Zuwendungen von Geschäftsfreunden und Kunden sind unabhängig von der steuerlichen Absetzbarkeit beim edlen Spender beim Empfänger in der Regel als Betriebseinnahmen zu versteuern.

Auch Geschenke an Kunden unterliegen der Umsatzsteuer, soweit für sie der Vorsteuerabzug geltend gemacht werden konnte. Ausgenommen sind nur **Geschenke von geringem Wert (bis € 40 netto)** oder Warenmuster. Dabei ist zu beachten, dass die € 40-Grenze je Empfänger und Kalenderjahr nicht überschritten wird, wobei geringwertige Werbeträger (wie zB Kugelschreiber) unberücksichtigt bleiben können.

Antikorruptionsgesetz: Wann sind Weihnachtsgeschenke und Essenseinladungen ab 2008 strafbar?

Die nahende Weihnachtszeit rückt die Frage der Zulässigkeit von Geschenken und Einladungen bei Geschäftspartnern und öffentlich Bediensteten in das Zentrum des Interesses. Verschärft wird die Situation heuer dadurch, dass **seit 1.1.2008 die neuen Strafbestimmungen des Antikorruptionsgesetzes** gelten.

Selten haben neue strafrechtliche Bestimmungen zu mehr Verunsicherung und Unverständnis geführt. Jahrzehntelang geübte Praktiken im Geschäftsleben wie Essenseinladungen, Einladungen zu Kulturveranstaltungen oder auch Weihnachtsgeschenke sind plötzlich strafrechtlich bedenklich geworden. Was noch erlaubt ist und was nicht mehr, soll der folgende Überblick aufzeigen.

Die neuen strafrechtlichen Regelungen umfassen sowohl die **Bestechung im privatwirtschaftlichen als auch im öffentlichrechtlichen Sektor**.

Im **privatwirtschaftlichen Sektor** war die Bestechung bis Ende 2007 im Wesentlichen nur über die damit verbundene Untreue strafbar. Nunmehr enthält das Strafgesetzbuch eigene Bestimmungen, welche die Geschenkkannahme durch Mitarbeiter oder Beauftragte genauso strafbar machen wie die Hingabe durch den Geschenkgeber. Voraussetzung ist aber, dass der Beschenkte für die Annahme eine pflichtwidrige Handlung oder Unterlassung vornimmt. Praktisches Beispiel: Der Einkäufer eines Unternehmens lässt sich von einem Lieferanten bestechen, der dann zu überhöhten Preisen liefern darf. Der Einkäufer begeht bei diesem Sachverhalt einerseits **Untreue** (weil er es zulässt, dass das von ihm vertretene Unternehmen am Vermögen geschädigt wird), andererseits begeht er das Delikt der **verbotenen Geschenkkannahme** und ist nach beiden Straftatbeständen nebeneinander zu bestrafen. Der Beschenkte wird allerdings nur dann von Amts wegen verfolgt, wenn der Wert des Geschenks € 5.000 übersteigt. Bei darunter liegenden Beträgen liegt ein so genanntes Privatanklagedelikt vor, welches nur auf Antrag des Geschädigten strafrechtlich verfolgt wird. Beim Geschenkgeber liegt ohne Betragsgrenze immer nur ein Privatanklagedelikt vor. Die Untreue (bzw die Beteiligung des Geschenkgebers daran) ist aber immer ein Offizialdelikt und von Amts wegen zu verfolgen.

Straflos hinsichtlich der Bestechung bleiben sowohl Geschenkgeber als auch Geschenknehmer, wenn es sich bei der Zuwendung lediglich um einen geringfügigen Vorteil handelt. Nach der Judikatur des OGH hört die **Geringfügigkeit** bei einem Wert von **€ 100** auf.

Im **öffentlichrechtlichen Bereich** wurden die vormals schon geltenden Antikorruptionsbestimmungen massiv verschärft. War bis 2007 nur die Geschenkkannahme eines Amtsträgers bei Veranlassung pflichtwidrigen Handelns oder Unterlassens strafbar, so ist nunmehr bereits die **Geschenkkannahme für pflichtgemäßes Handeln oder Unterlassen strafbar**. Ferner wurde nunmehr auch die **Geschenkkannahme im Hinblick auf die Amtsführung**, welche sowohl das gezielte „Anfüttern“ als auch die „Klimapflege“ beinhaltet, unter **Strafsanktion** gestellt. **Ein bestimmter Konnex zu einer Amtshandlung ist nicht erforderlich!** Es genügt, wenn die Zuwendung dazu dienen soll, den Amtsträger „für alle Fälle“ gewogen zu stimmen. Strafbar macht sich in allen Fällen nicht nur der Amtsträger, sondern auch der Geschenkgeber.

Gleich wie im privatwirtschaftlichen Bereich bleiben Geschenkgeber und Geschenknehmer dann **straflos**, wenn die **Zuwendung lediglich geringfügig ist (bis € 100)** und es sich lediglich um Geschenke im Hinblick auf die Amtsführung handelt („Anfüttern“). Liegt ein Zusammenhang mit der Amtsführung in einem konkreten Fall vor (egal ob pflichtwidriges oder pflichtgemäßes Handeln belohnt wird), so sind auch geringfügige Zuwendungen strafbar.

Sind **Weihnachtsgeschenke und Essenseinladungen** nach all diesen neuen verschärften Korruptionsbestimmungen **überhaupt noch erlaubt**? Dabei muss zwischen **Amtsträgern** und **Privatwirtschaft** unterschieden werden. **Weihnachtsgeschenke an Mitarbeiter und Beauftragte von Unternehmen** sind **bis zu einem Wert von € 100** unbedenklich. Bei **Amtsträgern** trifft dies nur in dem Bereich zu, wo kein Konnex zu einer auch nur pflichtgemäßen Amtshandlung hergestellt werden kann. Liegt ein derartiger Konnex vor, sind Weihnachtsgeschenke unzulässig. Da Weihnachtsgeschenke wohl in aller Regel keinen Konnex zu einer Amtshandlung aufweisen, sind die **gebräuchlichen Werbegeschenke**, die anlässlich des Weihnachtsfestes verschenkt werden, wie Kalender, Kugelschreiber, Weinflaschen etc in der Regel als unbedenklich einzustufen.

Jedenfalls unzulässig sind **Essenseinladungen an Betriebsprüfer**, bei denen ein Konnex zu einer laufenden oder abgeschlossenen Betriebsprüfung hergestellt werden kann bzw offensichtlich ist. Einladungen zu Informationsveranstaltungen mit Buffets in einem sozial üblichen Rahmen (kleinere Erfrischungen wie Brötchen und Getränke) werden wohl zulässig sein, wenn der Informationsgehalt der Veranstaltung im Vordergrund steht. Einladungen zu VIP-Treffen, Golfturnieren etc mit gehobenen Essenseinladungen sind für Amtsträger jedenfalls unzulässig. Im Bereich der Privatwirtschaft sind derartige Einladungen zulässig, sofern diese nicht im Zusammenhang mit pflichtwidrigen Handlungen oder Unterlassungen stehen. Einladungen, die der bloßen „Klimapflege“ dienen, sind im Bereich der Privatwirtschaft nach wie vor nicht strafbar.

3. Durchgeführte und geplante Gesetzänderungen anlässlich der Regierungsneubildung:

Drei steuerlich relevante Gesetzesanträge haben am Parlamentstag 24.9.2008 für Wahlzuckerl eine Mehrheit gefunden und wurden am 8.10.2008 auch vom Bundesrat abgesegnet.

3.1 Einkommensteuer

- Die Steuerfreiheit von **pauschalen Nächtigungsgeldern**, die aufgrund einer **lohngestaltenden Vorschrift** verpflichtend zu zahlen sind, wurde gesetzlich verankert.
- **Fahrtkostenvergütungen** des Arbeitgebers für Fahrten zu einer **Baustelle** oder zu einem Einsatzort für **Montage- oder Servicetätigkeiten**, die unmittelbar von der Wohnung aus angetreten werden, können **auch nach dem 31. 12. 2009 steuerfrei** behandelt werden.
- Die Steuerbegünstigung für **Überstundenzuschläge** wurde verdoppelt. **Ab 1.1.2009** bleiben daher Zuschläge für die **ersten 10 Überstunden** (bisher 5) pro Monat im Ausmaß von höchstens 50 % des Grundlohnes, insgesamt **höchstens jedoch 86 €** (bisher 43 €), monatlich **steuerfrei**. Sollten Sie an eine Verschiebung der Auszahlung von im Jahr 2008 geleisteten Überstunden in das Jahr 2009 denken, so ist § 77 (5) EStG zu beachten, wonach bis zum 15.2. des Folgejahres ausgezahlte Bezüge für das Vorjahr dem Lohnzahlungszeitraum Dezember des Vorjahres zuzurechnen sind.

3.2 10 % Umsatzsteuer für Arzneimittel

Der Umsatzsteuersatz für Arzneimittel wird ab 1.1.2009 von 20% auf 10% gesenkt

Der Verkauf von Kunstgegenständen unterliegt (weiterhin) 20%-iger Umsatzsteuer. Anlässlich der Senkung des Umsatzsteuersatzes für Medikamente auf 10% wurden durch ein Versehen auch die bisher dem 20%-igen Normalsteuersatz unterliegenden **Lieferungen von Kunstgegenständen** (zB durch Kunsthändler) in den ermäßigten 10%igen Steuersatz einbezogen. Dieses Versehen wurde nun korrigiert.

2.4 Sonstige Beschlüsse

Weiters wurden in der erwähnten Nationalratssitzung diverse Pensionserhöhungen, eine Erhöhung des Pflegegeldes und eine Verlängerung der so genannten Hacklerregelung beschlossen. Die Studiengebühren sollen ab dem Sommersemester 2009 abgeschafft werden.

3.4 Tarifreform bei der Einkommensteuer:

Seit 23.11.2008 ist es nunmehr offenbar fix: Die neue SPÖ-ÖVP-Koalition wird mit Wirkung 1.1.2009 eine **Steuerreform** beschließen, die für alle Steuerzahler eine **Entlastung von € 2,7 Mrd** bringen soll (davon € 2,2 Mrd durch den neuen Tarif und zusätzlich € 0,5 Mrd für Familien).

Die **Entlastung bei der Einkommensteuer** soll durch folgenden neuen Lohn- bzw Einkommensteuertarif erreicht werden:

- Steuerpflichtige Einkommen **bis € 11.000** (bisher € 10.000) pro Jahr sollen **steuerfrei** sein.
- Einkommen **zwischen € 11.000 Euro und € 25.000** sollen mit **36,5%** besteuert werden (bisher 38,33% ab € 10.000).
- Einkommen **zwischen € 25.000 und € 60.000** sollen mit **43,214%** besteuert werden (bisher 43,596% zwischen € 25.000 und € 51.000).
- Der **Spitzensteuersatz von 50%** soll zwar unverändert bleiben, allerdings erst **ab einem Einkommen von € 60.000** gelten (bisher ab € 51.000).

Daraus ergeben sich im Vergleich zu 2008 folgende **Entlastungswirkungen**:

- Durch die Erhöhung des Tariffreibetrages auf € 11.000 werden fast 200.000 Kleinstverdiener aus der Steuerpflicht fallen, sodass ab 2009 insgesamt rd 2,7 Mio von rund 6,5 Mio steuerlich registrierten Österreichern keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen werden.
- Bei einem Brutto-Monatseinkommen (vor Abzug von SV-Beiträgen) von zB € 1.500 wird die jährliche Entlastung ca € 450, bei zB € 3.000 wird sie ca € 660 pro Jahr betragen.
- Die **maximale Steuerersparnis** wird ab einem Brutto-Monatseinkommen von ca € 5.800 erreicht werden und beläuft sich auf **€ 1.350 pro Jahr** (wobei durch den Anstieg der SV-Höchstbeitragsgrundlage in 2009 davon nur rd € 1.250 netto übrig bleiben werden).

Zur **Entlastung von Familien mit Kindern** sind folgende Maßnahmen geplant:

- Der monatlich ausbezahlte **Kinderabsetzbetrag** soll **von € 610 auf € 700 jährlich** erhöht werden, womit alle Kinder – unabhängig vom Einkommen der Eltern – **zusätzlich mit € 90 pro Jahr** gefördert werden.

- Neu ist ein **Kinderfreibetrag von € 220 pro Kind und Jahr**, der von der Steuerbasis abgesetzt wird (maximale Steuerersparnis 50%, das sind € 110 pro Jahr und Kind).
- Entsprechend einer langjährigen Forderung vieler berufstätiger Frauen sollen **Kinderbetreuungskosten** bis zum 10. Lebensjahr des Kindes mit **bis zu € 2.300 pro Kind und Jahr** steuerlich absetzbar werden.
- Weiters sollen Arbeitgeber für die **Betreuung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr bis zu € 500 pro Kind und Jahr steuerfrei an Mitarbeiter** auszahlen können.

Im Bereich der **Unternehmensbesteuerung** sind laut Regierungsprogramm vor allem folgende Maßnahmen geplant:

- Zur Konjunkturbelebung soll für **Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter** in den **Jahren 2009 und 2010 eine 25%ige degressive Abschreibung** eingeführt werden (Entlastung ca € 570 Mio).
- Als Kompensation für die begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Bezugs bei Arbeitnehmern soll der **Freibetrag für investierte Gewinne** (FBiG gemäß § 10 EStG) **ab 2010 von 10% auf 13% angehoben** und auf **alle betrieblichen Einkünfte und Gewinnermittlungsarten** (also auch auf Bilanzierer) ausgeweitet werden. Als besondere KMU-Förderung sollen für Gewinne bis € 30.000 zur Geltendmachung des FBiG keine Investitionen mehr erforderlich sein. Im Gegenzug soll ua die **Begünstigung für nicht entnommene Gewinne gem § 11a EStG gestrichen** werden.
- Weitere geplante Maßnahmen sind ua die Förderung von Investitionen zur thermischen Sanierung, Ausbau und Vereinfachung der steuerlichen Forschungsförderung, neue steuerliche Begünstigungen für Mitarbeiterbeteiligungen, die Abschaffung der Werbesteuer sowie eine verbesserte Bekämpfung des Steuerbetrugs.

4. Das 2. Abgabenänderungsgesetz 2008

- **Abgabenbefreiungen im Reiseverkehr ab 1.12.2008 im UStG geregelt**

Die Steuerfreiheit der Einfuhr von Waren, die **aus Drittstaaten** (also von außerhalb der EU) **einreisende Personen** im persönlichen Gepäck mitführen, wurde durch das im Oktober im Parlament beschlossene 2. Abgabenänderungsgesetz 2008 mit teilweise neuen Grenzen **ab 1.12.2008** eigenständig im Umsatzsteuergesetz geregelt. Nachfolgend die gültigen Höchstmengen bzw Höchstgrenzen im Überblick:

	Drittland (und Duty-Free)	Grenzgänger
Tabakwaren (ab einem Alter von 17 Jahren):		
Zigaretten	200 Stück	25 Stück
oder Zigarillos	100 Stück	10 Stück
oder Zigarren	50 Stück	5 Stück
oder Rauchtobak	250 Gramm	25 Gramm
Alkohol und alkoholische Getränke (ab 17 Jahre):		
Spirituosen (mehr als 22 %vol Alkoholgehalt)	1 Liter	0,25 Liter
oder Destillate und andere Getränke (weniger als 22% vol Alkoholgehalt)	2 Liter	0,75 Liter
Wein (nicht schäumend)	4 Liter	1 Liter

Bier	16 Liter	2 Liter
Kraftstoff in tragbarem Behälter	10 Liter	
Parfums, Tee, Kaffee	im Rahmen der Freigrenze für „andere Waren“	im Rahmen der Freigrenze für „andere Waren“
andere Waren: im Gesamtwert von maximal (Arzneimittel: nur der persönliche Bedarf während Reise)	€ 300 Flugreise: 430 € Jugendliche bis 15 Jahre: € 150	€ 20 davon € 4 für Lebensmittel und Getränke

Ab 1. Dezember wurde außerdem die **Zollfreigrenze für Warensendungen** aus Drittländern (Ausnahmen: Alkohol, Tabak, Parfum) von € 22 auf € 150 angehoben, für die Einfuhrumsatzsteuer gilt allerdings weiterhin die 22 Euro-Grenze. Für private Geschenksendungen bleibt die abgabefreie Wertgrenze wie bisher bei € 45.

5. Konjunkturbelebungs-gesetz 2008

Das österreichische Parlament hat am 28.10.2008 mit dem **Konjunkturbelebungs-gesetz 2008** (KBG 2008) ein Konjunkturpaket beschlossen, das vor allem eine Ausweitung der **Fördermaßnahmen der Austria Wirtschaftsservice (AWS)** vorsieht. Das Paket umfasst folgende Punkte:

- **Mittelstandsfonds:** Bei der AWS wird ein Mittelstandsfonds mit einem Volumen von € 80 Mio zur Beteiligung an Unternehmen mit Wachstumsprojekten eingerichtet.
- **Haftungen:** Die Haftungsrahmen der AWS wurden ausgeweitet. Damit stehen ausreichend Bürgschaften und Garantien zur Ermöglichung von Fremdfinanzierungen zur Verfügung. Insgesamt sind zusätzliche Haftungsübernahmen von bis zu € 400 Mio pro Jahr geplant.
- **ERP-Kredite:** Die Kreditrahmen für zinsgünstige ERP-Kredite werden um € 200 Mio pro Jahr erweitert. Damit sollen € 600 Mio pro Jahr für zinsgünstige Investitionskredite zur Verfügung gestellt werden.
- **Kredite der Europäischen Investitionsbank:** Aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank EIB sollen € 100 Mio pro Jahr für KMUs mobilisiert werden. Zusätzlich sollen Forschungs- und Technologiekredite der EIB in Höhe von € 100 Mio pro Jahr verfügbar gemacht werden.
- **Energieeffizienz:** Aus Mitteln der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW sollen € 100 Mio für Kredite für Investitionsprojekte im Bereich Energie und Energieeffizienz für Österreichs Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Die AWS hat zu den beschlossenen Maßnahmen eine eigene Homepage (www.konjunkturpaket.at) eingerichtet, auf der über die Umsetzung der Maßnahmen bzw über die einzelnen Programme im Detail berichtet werden soll. Aktuell liegen allerdings noch keine konkreten Informationen vor.

Als einzige steuerliche Bestimmung sieht das KBG 2008 eine **Erhöhung des Höchstbetrages für die Bausparförderung ab 2009 von bisher € 1.000 auf € 1.200** vor. Die **Bausparprämie für 2009** beträgt 4% von maximal € 1.200, somit € 48.

6. Auftraggeberhaftung für SV-Beiträge

Mit dem AuftraggeberInnen-Haftungsgesetz wurden neue Haftungsbestimmungen für Auftraggeber von Bauleistungen in das ASVG aufgenommen. Mit diesen neuen Haftungsbestimmungen soll dem Ausfall der Sozialversicherungsbeiträge durch Sozialbetrug entgegen gewirkt werden. Nach Meinung des Gesetzgebers ist gerade die Baubranche besonders anfällig für die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen. Wichtige Schritte zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Sozialbetrugs waren bisher neue Strafbestimmungen sowie weiters die mit 1.1.2008 in Kraft getretenen Bestimmungen über die Anmeldung von Arbeitnehmern vor Arbeitsantritt. Nach den Materialien geht der Gesetzgeber davon aus, dass bei neun von zehn neu eingetragenen Baufirmen der Verdacht des Sozialbetrugs besteht. Um den damit verbundenen massiven Ausfall von Sozialversicherungsbeiträgen einzuschränken (geschätzt bis zu 1 Mrd € pro Jahr), wurden folgende neue Haftungsbestimmungen eingeführt:

- Bei der **Weitergabe von Aufträgen im Bereich von Bauleistungen** haftet der Auftraggeber für alle Beiträge und Umlagen des beauftragten Unternehmens bis zum Höchstausmaß von **20 % des geleisteten Werklohnes**. Die Auftraggeberhaftung umfasst alle Beitragsschulden des beauftragten Unternehmens bei den Krankenversicherungsträgern, losgelöst vom konkreten Bauauftrag. Sie tritt mit dem Zeitpunkt der Leistung (auch nur eines Teils) des Werklohns an das beauftragte Unternehmen ein und umfasst alle Beiträge und Umlagen des beauftragten Unternehmens, die spätestens bis zum Ende des Kalendermonats fällig werden, in dem die (teilweise) Zahlung des Werklohnes erfolgt ist. Die Haftung wird schlagend, wenn der Krankenversicherungsträger gegen das beauftragte Unternehmen zur Hereinbringung der geschuldeten Beträge und Umlagen erfolglos Exekution geführt hat oder das beauftragte Unternehmen bereits insolvent ist.
- Die Auftraggeberhaftung für das beauftragende Unternehmen entfällt, wenn das beauftragte Unternehmen zum Zeitpunkt der Leistung des Werklohns in einer so genannte **Gesamtliste der haftungsfreistellenden Unternehmen (HFU-Gesamtliste)** geführt wird. Diese Liste ist von den Krankenversicherungsträgern tagesaktuell zu führen. Eintragungen in diese Liste können von Bauunternehmen bereits ab dem 1.11.2008 vorgenommen werden. Bei der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) wird ein Dienstleistungszentrum eingerichtet, dem unter anderem die Führung der HFU-Gesamtliste obliegt. Damit ein Unternehmen in diese Liste aufgenommen werden kann, muss es mindestens drei Jahre lang Bauleistungen erbracht haben und es dürfen keine Beitragsrückstände vorliegen. Außer Betracht bleiben dabei Beitragsrückstände, die 10 % der im Kalendermonat vor Antragstellung abzuführenden Beiträge nicht übersteigen. Ferner bleiben Beitragsstundungen und bewilligte Ratenzahlungen außer Betracht. Die Nichtvorlage der Beitragsnachweisungen für zwei Monate bzw die Nichtentrichtung der Beiträge des zweitvorangegangenen Kalendermonats führen zur Streichung eines Bauunternehmens aus der HFU-Gesamtliste.
- Die Auftraggeberhaftung kann allerdings auch dadurch vermieden werden, dass der Auftraggeber **20 % des zu leistenden Werklohns (Haftungsbetrag) nicht an den Auftragnehmer, sondern an das Dienstleistungszentrum bei der WGKK überweist**. Das Dienstleistungszentrum ist zur Entgegennahme, Weiterleitung und Verrechnung des Haftungsbetrages zuständig. Die Höhe des Haftungsbetrages ist jährlich (erstmal ab 2010) aufgrund der Informationen des Dienstleistungszentrums anzupassen, wenn die Gesamtheit der Haftungsbeträge nicht den in diesem Kalenderjahr uneinbringlich gewordenen Beiträgen entspricht.

keinen Verstoß gegen die 6. MwSt-Richtlinie darstellt. Da der EuGH damals die Frage aber nicht eindeutig beantwortet hat, besteht – unter Berücksichtigung der zwischenzeitigen EuGH-Rechtsprechung – nach hA eine durchaus realistische Chance, dass der EuGH bei einem neuerlichen Verfahren die **EU-Widrigkeit der Kammerumlage** bestätigt. Gesetzesprüfungsverfahren eingeleitet.

Die **Kammerumlage I** für Mitglieder der Wirtschaftskammer beträgt ab 2009 **unverändert 3,0 Promille**. Sie ist von den in Rechnung gestellten Vorsteuer-, Einfuhrumsatzsteuer- bzw. Erwerbsteuerbeträgen selbst zu berechnen und als Selbstbemessungsabgabe an das Betriebsfinanzamt abzuführen. Bei einem Jahresumsatz unter € 150.000 wird sie nicht erhoben..

Die seit 1.1.2005 gültigen **Zuschläge zum Dienstgeberbeitrag** (DZ zum DB = **Kammerumlage II**) bleiben für **2009** weitgehend **unverändert** (wobei NÖ, Tirol und Steiermark um 0,01% gesenkt haben) und betragen daher:

Bundesland	2009	Bundesland	2009	Bundesland	2009
Oberösterreich	0,36 %	Salzburg	0,43 %	Kärnten	0,41 %
Burgenland	0,44 %	Niederösterreich	0,41 %	Wien	0,40 %
Tirol	0,43 %	Vorarlberg	0,39 %	Steiermark	0,40 %

7.4 Arbeitslosenversicherung

Ab 1.1.2009 gelten bei Niedriglohnbeziehern neue Grenzbeträge für den Wegfall bzw. die Reduzierung der AV-Beiträge (nur DN-Anteil):

bis € 1.128,--	0 %
mehr als € 1128,-- bis € 1.230,--	1%
mehr als € 1.230,-- bis € 1.384,--	2%
mehr als € 1.384,--	3%

Selbständig erwerbstätige Personen können sich ab dem 1.1.2009 in die **Arbeitslosenversicherung** einbeziehen lassen. Den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in Höhe von 6 % der Beitragsgrundlage muss der Selbstständige zur Gänze selbst tragen. Als Beitragsgrundlage kann wahlweise ein Viertel, die Hälfte oder drei Viertel der Höchstbeitragsgrundlage nach GSVG gewählt werden.

Beitragsgrundlage € 1172,50:	monatlicher Beitrag € 70,35	monatliche Leistung € 566,--
Beitragsgrundlage € 2.345,--:	monatlicher Beitrag € 140,70	monatliche Leistung € 886,--
Beitragsgrundlage € 3.517,50	monatlicher Beitrag € 211,05	monatliche Leistung € 1221,--

Selbständige, die bereits vor dem 1.1.2009 nach dem GSVG pensionsversichert sind, können den Eintritt in die Arbeitslosenversicherung bis 31.12.2009 erklären. Wird der Eintritt bis 31.3.2009 erklärt, beginnt der Versicherungsschutz rückwirkend mit 1.1.2009, im übrigen ab dem Folgemonat. Die einmal gewählte Beitragsgrundlage gilt so lange, bis ein zulässiger Austritt erfolgt. Ein Austritt ist frühestens nach 8 Jahren möglich.

Wird das Arbeitslosengeld zum ersten Mal in Anspruch genommen, müssen in den letzten 24 Monaten vor der Geltendmachung insgesamt mindestens 52 Wochen Versicherungszeiten vorliegen.

Diese Option wird vor allem wegen der langen Bindung nur für jene Unternehmer interessant sein, welche in absehbarer Zeit die Aufgabe des Betriebes planen oder aus saisonalen Gründen regelmäßig für mindestens zwei Monate den Betrieb ruhen lassen (müssen).

7.5 Arbeitslosenbescheinigung

Für Dienstgeber, die ihre Sozialversicherungsmeldungen per **ELDA** übermitteln, **entfällt ab 1.12.2008 das Ausstellen einer Arbeitsbescheinigung**, da ab diesem Zeitpunkt das AMS online auf die Abmeldungen zur Sozialversicherung zugreifen kann.

7.6 Verzugszinsen bei der Sozialversicherung

Wenn fällige ASVG- oder GSVG-Beiträge nicht rechtzeitig entrichtet werden, werden ab 1.1.2009 Verzugszinsen von 6,94 % p.a. (bisher 7,32%) angelastet.

7.7 24-Stunden-Betreuung

Ab 1. November 2008 wurden in diesem Bereich die Förderungen erhöht und die Vermögensgrenze für die Gewährung der finanziellen Unterstützung abgeschafft.

7.8 Ausgleichszulagenrichtsätze

ab 1.1.2009 für Alleinstehende	€ 772,40
für Ehepaare	€ 1.158,08

8. Steuersplitter

8.1 Abkommen zur vorübergehenden Weitergeltung des Erbschaftssteuer-DBA mit Deutschland

Deutschland hat bekanntlich – als Reaktion auf das Auslaufen der Erbschaftssteuer in Österreich mit Wirkung ab 1.7.2008 – das Doppelbesteuerungsabkommen für die Erbschaftsteuer zum 31.12.2007 gekündigt. Am 6.11.2008 wurde nunmehr ein Abkommen zur **vorübergehenden Weitergeltung dieses Abkommens für Erbfälle, in denen der Erblasser nach dem 31.12.2007 und vor dem 1.8.2008 verstorben ist**, vereinbart.

8.2 Spekulationsverluste realisieren

Wer im Jahr 2008 einen **steuerpflichtigen Spekulationsgewinn** (über die Freigrenze von 440 € hinaus) realisiert hat (bei Liegenschaften beträgt die Spekulationsfrist im Regelfall 10 Jahre, sonst 1 Jahr), sollte überprüfen, ob dieser nicht noch durch die **Realisierung eines Spekulationsverlustes** ausgeglichen werden kann. Zu diesem Zweck könnten zB Aktien, mit denen man derzeit im Minus ist und die in den letzten 12 Monaten erworben wurden, verkauft werden. Der so realisierte Spekulationsverlust kann dann mit den steuerpflichtigen Spekulationsgewinnen des Jahres 2008 gegen

**

Zum Abschluss noch ein Leitmotiv für den rauhen Wind in der Wirtschaft, der durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst wurde:

„Wenn der Wind der Erneuerung weht,
dann bauen die einen Menschen Mauern und die anderen Windmühlen“